

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/129: 25.06.1955 – 31.12.1956

25.06.1955

USA: Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978, stellvertretender Staatssekretär im US-State Departement) erklärt am 25. Juni 1955 während einer Rede vor Studenten der Indiana University (x028/236): >>Von Anfang an standen unsere Absichten mit Deutschland und die sowjetischen Wünsche einander entgegen.

Ein Jahr nach der Einführung der Viermächteverwaltung für Deutschland war es ganz offensichtlich, daß die Westmächte ein selbständiges Deutschland anstrebten, während die Sowjetunion daran interessiert war, deutsche Industrie, Landwirtschaft und deutsche Arbeitskräfte für die UdSSR auszubeuten. ...<<

03.08.1955

DDR: Das Ministerium für Staatssicherheit beauftragt die deutsche Volkspolizei am 3. August 1955, "Vertrauensleute" anzuwerben.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Spitzelwesen" in der SBZ (x009/410-411): >>Die Sicherheit und die Existenz des Regimes in der SBZ stützen sich in weitem Umfang auf das Spitzelwesen, das zu einem ausgedehnten System entwickelt worden ist.

Die geheime Tätigkeit der Spitzel soll eine Psychose der Allgegenwart des SSD erzeugen, durch die die Aktivität des möglichen oder wirklichen Gegners auf ein Minimum beschränkt werden soll. Das Spitzelsystem des SED-Regimes erstreckt sich nicht nur auf Feinde des Systems, sondern auch auf die SED und den Regierungsapparat. Ideologische Begründung für das Spitzelwesen: "Proletarische Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Arbeiterklasse."

Das neue FDJ-Statut z.B. verpflichtet jedes FDJ-Mitglied zur Unterstützung der Staatssicherheitsorgane.

Die von Spitzeln gesammelten oder von Denunzianten freiwillig gemachten Informationen landen bei den "Organen der Staatssicherheit". Diese nennen ihre Spitzel "Geheime Informanten" (GI).

Oft haben die GI einen fest umrissenen Spitzelbereich, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben, z.B. in einem VEB, im Sekretariat einer Partei usw., d.h. in einer Umgebung, deren Überwachung dem SSD notwendig erscheint und in der der GI einen natürlichen Platz hat (Ingenieur, Werkmeister, Stenotypistin usw.), der ihm einen größtmöglichen Einblick in die Verhältnisse gestattet. Sie können auch zur Personenüberwachung und zur Tätigkeit jenseits der Grenzen der SBZ eingesetzt werden.

Über ihre Beobachtungen haben sie ihre Auftraggeber regelmäßig Berichte zu erstatten, die sie mit ihrem Decknamen unterzeichnen müssen. Nach den Arbeitsrichtlinien des SSD sollen nach Möglichkeit nur solche Personen als GI verwendet werden, denen die Bevölkerung wegen ihrer dienstlichen oder parteipolitischen Tätigkeit nicht mit besonderer Zurückhaltung begegnet.

Spitzel werden entweder durch Überzeugung oder unter Druck angeworben und verpflichtet. Befindet sich in dem vom SSD zu überwachenden Gebiet kein "freiwilliger Mitarbeiter", dann werden Druckmittel gegenüber einem in Aussicht genommenen "Kandidaten" angewendet, indem z.B. Kenntnis von "kriminellen Verfehlungen" oder "negativen politischen Äußerungen" behauptet wird. Zusätzlich wird mit Angeboten sozialer und wirtschaftlicher Vergünstigungen (Prämie!) gearbeitet.

Im August 1955 wurden auch die Abschnittsbevollmächtigten (ABV) beauftragt, ein eigenes - zusätzliches - "System von Vertrauenspersonen" aufzubauen.

"Vertrauenspersonen sind Bürger, die das besondere Vertrauen des ABV verdienen und ihm vertrauliche Mitteilungen geben, die für die Volkspolizei von Interesse sind. Durch die Heranziehung von Vertrauenspersonen soll es dem ABV ermöglicht werden, noch besser als bisher mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, um jederzeit allseitige Informationen über Gegner unserer demokratischen Ordnung und andere verbrecherische Elemente zu erhalten und die Stimmung in seinem Abschnitt kennenzulernen" (Instruktion Nr. 1 zum Befehl Nr. 45 des Chefs der deutschen Volkspolizei vom 3.8.1955).

Dieser Spitzelapparat des ABV setzt sich ausschließlich aus Freiwilligen zusammen.

Mit dem wenig später ergangenen Befehl Nr. 49 des Chefs der deutschen Volkspolizei erhielt auch die Kriminalpolizei den Auftrag zum Aufbau eines eigenen Spitzelapparates. Dieser stützt sich vornehmlich auf Rechtsbrecher, denen Straferlaß für den Fall in Aussicht gestellt wird, daß sie die ihnen erteilten Aufträge in vollem Umfang erfüllen.

Die GI der Kriminalpolizei stehen also ständig unter dem Druck, daß, wenn ihre Arbeit als ungenügend angesehen wird, eine gegen sie erkannte Strafe vollstreckt oder ein zunächst eingestelltes Verfahren wiederaufgenommen wird.

Die Zusammenarbeit zwischen der Kriminalpolizei und dem SSD wird in der Bezirksverwaltung durch einen Verbindungsoffizier hergestellt, der dafür sorgt, daß die für den SSD wesentlichen Erkenntnisse diesem mitgeteilt werden. ...<<

01.09.1955

DDR: Anstatt der bisherigen 8klassigen Grundschule wird am 1. September 1955 die 10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule zur Pflichtschule.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Erziehungswesen" in der SBZ (x009/117-118): >>... Das in der Stalin-Ära aufgebaute öffentliche Erziehungswesen, dessen Kern die damals geschaffene kommunistische Lernschule war, ist seit 1955 weitgehend reorganisiert worden. ...

An die Stelle der 8klassigen Grundschule tritt die 10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule als Pflichtschule. Sie hat zusammen mit den sonstigen Formen des Schul- und Hochschulwesens die Aufgabe, Erziehung und Bildung aufs engste mit dem Leben, vor allem mit der gesellschaftlichen Produktion zu verbinden. ...

... Die Schule hat zusammen mit anderen Institutionen des Erziehungswesens die Aufgabe, "Kinder und Jugendliche auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft" vorzubereiten.

Der Realisierung der politischen und pädagogischen Zielsetzung dient ein Erziehungswesen, das dem Modell der kommunistischen Ordnung angepaßt ist.

1. Das Erziehungswesen ist total politisiert. Das Prinzip der Einheit von Erziehung und Politik zwingt alle Institutionen und Pädagogen zu strenger "Parteilichkeit".

2. Die Arbeit der Schulen und Jugendverbände wird durch ein System von Plänen dirigiert und damit dem planrationalen Charakter der kommunistischen Ordnung angepaßt. Lernen ist Training in der Sollerfüllung.

3. Erziehung und Unterricht zielen auf die Erzeugung von Handlungsbereitschaften, die den Anforderungen einer industriellen Gesellschaft und der kommunistischen Herrschaftsordnung entsprechen.

4. Der Lehrstoff der Schulen, Hochschulen u.a. entspricht der marxistisch-leninistischen Einheitswissenschaft.

5. Das Erziehungswesen richtet sich nicht auf den Einzelnen als Einzelnen, sondern als Mitglied einer Gruppe.

6. Das kommunistische Erziehungswesen arbeitet trotzdem mit der Methode des Wettbewerbs. Gute Leistungen werden mit erhöhtem Prestige (z.B. Diplome, Medaillen) und materiellen Vorteilen (Stipendien, Karriere) belohnt.

7. Die Erfüllung der behördlichen Anordnungen wird durch ein doppeltes Kontrollsystem gesichert. Neben staatlichen Kontrollinstanzen stehen SED-Organisationen in Schulen, Hochschulen, Instituten und Behörden. Sie werden auf dem Sektor des Erziehungswesens von der Lehrerschaft und der FDJ unterstützt.

8. Das öffentliche Erziehungswesen, kontrolliert von der SED, entscheidet immer mehr über die zukünftige Position und die Möglichkeiten der Teilnahme am Konsum. Wohl soll die Schulleistung bei der Auslese immer stärker bewertet werden, aber nur im Zusammenhang mit der geforderten politischen Loyalität und der Herkunft (bevorzugte Behandlung von Arbeiter- und Bauernkindern). ... Der Intensivierung der Erziehung dient auch die für die nahe Zukunft projektierte Entwicklung von Ganztagschulen durch Ausbau der Schulhorte. ...

Es ist nicht zu bestreiten, daß die SBZ relativ hohe Mittel für die öffentliche Erziehung aufwendet. Das ist die Konsequenz der "gesellschaftlichen Umwälzung"; sie nötigt die kommunistische Führung, die Erziehung als ein Mittel zur Erhaltung und Befestigung der totalitären Machtordnung und der Entwicklung der planrationalen Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen und die Traditionen des Erziehungswesens zu liquidieren bzw. zu manipulieren.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Lehrerbildung" in der SBZ (x009/258): >>Nach Artikel 36 der Verfassung soll die Lehrerbildung an Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen erfolgen.

1946 wurden an allen Universitäten und an der TH Dresden pädagogische Fakultäten zur Ausbildung der Lehrer für die allgemein- und berufsbildenden Schulen errichtet.

Die meisten neuen Lehrer sind seit 1945 jedoch in Kursen von höchstens 1jähriger Dauer, die zunächst als Notmaßnahme gedacht waren, ausgebildet worden. 1948/49 gab es 49.944 Lehrer mit Kurzausbildung neben 22.562 Altlehrern. Durch die "Verordnung über die Neuregelung der Ausbildung der Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen, der Pionierleiter, der Kindergärtnerinnen und der Erzieher in Heimen und Horten" vom 15.5.1953 wurde die Lehrerbildung auf eine neue Basis gestellt.

Die SBZ unterscheidet nach sowjetischem Vorbild 3 Kategorien von Lehrern für die allgemeinbildenden Schulen: Lehrer für die Unterstufe, für die Oberstufe der 10klassigen Oberschule und für die erweiterte Oberschule. Für jede Kategorie gibt es besondere Lehrerbildungseinrichtungen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Jugend" in der SBZ (x009/199): >>Die Bolschewisten legen, wie alle politischen Herrschaftssysteme, die darauf bedacht sind, die bestehende Gesellschaft durchgreifend neu zu ordnen, besonderes Gewicht darauf, die Jugend, die nicht durch Bildungserlebnisse und Welterfahrungen vorgeformt ist, für sich zu gewinnen. ...

Von den 3 wesentlichsten Einfluß- und Bildungsquellen, die zur Profilierung der jungen Generation beitragen: Elternhaus, Schule und Jugendorganisation sind die beiden letzteren völlig in der Hand der politischen Führung, die Schule allerdings weit mehr durch die Gestaltung der Lehrpläne und die Aktivität der bolschewistischen Jugendorganisation (Junge Pioniere) als durch die zu einem erheblichen Teil dem Regime immer noch reserviert gegenüberstehende Lehrerschaft.

Es kann als typisch gelten, daß Schüler und Lehrer in den "gesellschaftswissenschaftlichen"

Unterrichtsfächern einander bewußt "parteiliche" Überzeugtheit vorheucheln. Die Jugendlichen lernen mithin schon in der Schulzeit, taktisch erwünscht statt spontan und ehrlich zu reagieren, sich anzupassen und aus Opportunitätsgründen Ansichten zu vertreten, die nicht die ihren sind. Das hat mit echter Bewußtseinsbildung nur bedingt etwas zu tun. ...

Mit mancherlei Methoden sucht man auf die Jugend schon im Vorschul- und Schulalter einzuwirken, so sollen die Kinder möglichst schon vor der Schulzeit in politisch beeinflussten Kindergärten, sodann - neben der Schule einher - in Horten und durch die Organisationen der FDJ, die auch die Feriengestaltung übernimmt und kollektiviert (Ferienaktion), dem Elternhaus entfremdet werden (Familienpolitik); doch ist diese generelle Erfassung nur bedingt erfolgreich. Zwar hat die FDJ etwa 90 % der unter 14jährigen erfaßt, aber diese nur dadurch, daß Sport, Spiel und Basteleien und nicht politische Indoktrination im Vordergrund stehen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Polytechnische Bildung und Erziehung" in der SBZ (x009/332): >>Die heute praktizierte polytechnische Bildung und Erziehung richtet sich an Ausführungen von Marx und Engels. ...

In der Stalin-Ära sind die entsprechenden Bestrebungen praktisch aufgegeben worden, wurden aber seit 1953 erneut aufgenommen. Die Reformversuche führten in der Sowjetunion (1958) zu einer Reorganisation des gesamten Schulwesens unter dem Aspekt der Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit in der Industrie und Landwirtschaft.

Die SBZ hat sich dieser Zielsetzung angepaßt, wenn sie auch die Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit weniger intensiv gestaltet hat als die Sowjetunion. Wenn auch diese Verbindung alle Arten der Bildung und Erziehung zu durchdringen hat, wirkt sie sich doch am stärksten in der polytechnischen Bildung und Erziehung aus. ...

Nach dem neuen Schulgesetz ist die polytechnische Bildung und Erziehung "Grundzug" und "Bestandteil" des Unterrichts und der Erziehung in allen Schuljahren. Die polytechnische Bildung und Erziehung zielt auf eine Umgestaltung des Gehaltes der Allgemeinbildung und auf eine noch vorberufliche Grundausbildung in Hinsicht auf die Arbeit in der Produktion.

Die Funktion der polytechnischen Bildung und Erziehung ist es, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch einen frühzeitigen Umgang der Jugend mit der Technik besser zu fundieren und die frühzeitige Verinnerlichung der Forderungen an die berufliche Arbeit in einem kommunistischen Staat zu bewirken. Gleichzeitig ist die polytechnische Bildung und Erziehung auch ein Mittel einer permanenten Auslese, zumal sie die Jugendlichen besonderen Belastungsproben unterwirft.

Der polytechnische Unterricht setzt mit der in den Klassen 1 bis 6 im "Werken" vermittelten technischen Elementarbildung ein. Ab Klasse 7 folgen der Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion sowie die Fächer "Einführung in die sozialistische Produktion der Industrie und der Landwirtschaft", ab Klasse 9 Technisches Zeichnen.

... Die erweiterten Oberschulen haben seit 1960 generell die Aufgabe, eine auf einen Beruf oder einen Komplex benachbarter Berufe ausgerichtete Grundausbildung durchzuführen. Sie bildet praktisch schon einen Teil einer Berufsausbildung, zumal sie bei einem späteren Lehrverhältnis, beispielsweise während des "Praktischen Jahres", angerechnet werden kann.<<

10.09.1955

Berlin: Die Vertreter aller deutschen Landsmannschaften veröffentlichen am 10. September 1955 die "Berliner EntschlieÙung" (x155/50): >>... 2. Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. Gerechtigkeit muß allen Völkern Europas werden.

3. Das durch das internationale Recht und die Atlantik-Charta verbürgte Selbstbestimmungsrecht, das Recht jeden Volkes, seine politische und soziale Ordnung in voller Freiheit sich selbst zu geben, gilt für alle Völker, auch für das deutsche Volk.

4. Millionen Menschen ist unter Bruch menschlichen Rechtes und aller göttlichen und sittli-

chen Gesetze die Heimat geraubt worden. Das Recht auf Heimat muß als ein Menschenrecht von allen Völkern anerkannt und verwirklicht werden.

5. Jedem Volk gebührt das Recht, in voller Freiheit seine eigenen Werte zu bewahren, zu entwickeln und dadurch seinen Beitrag zur Kultur der Menschheit zu leisten. ...<<

14.09.1955

UdSSR: Eine deutsche Regierungsdelegation unter Leitung des Bundeskanzlers reist vom 8. bis 14. September 1955 nach Moskau, um diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Während dieser Verhandlungen kündigt die sowjetische Regierung die Heimkehr von fast 10.000 deutschen Kriegsgefangenen an (x155/51).

Beim Abschluß der Moskauer Verhandlungen behauptet die Bundesrepublik Deutschland ihren Rechtsstandpunkt, daß die endgültige Regelung der deutsch-polnischen Grenze einem Friedensvertrag vorbehalten bleibt, der mit einer gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen werden muß (x125/9).

Bundeskanzler Adenauer übergibt während der Moskauer Verhandlungen ein Zusatzschreiben, das von der sowjetischen Regierung inhaltlich abgelehnt wird (x155/51): >>1. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der UdSSR stellt keine Anerkennung des derzeitigen territorialen Besitzstandes dar. Die endgültige Festsetzung der Grenzen Deutschlands bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten.

2. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Regierung der Sowjetunion bedeutet keine Änderung des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung in bezug auf ihre Befugnis zur Vertretung des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten und in bezug auf die politischen Verhältnisse in denjenigen deutschen Gebieten, die gegenwärtig außerhalb ihrer effektiven Hoheitsgewalt liegen". ...<<

15.09.1955

UdSSR: Die sowjetische Agentur TASS berichtet am 15. September 1955 (x300/195): >>Die Sowjetregierung betrachtet die Deutsche Bundesrepublik als einen Teil Deutschlands. Ein anderer Teil Deutschlands ist die Deutsche Demokratische Republik.

Im Zusammenhang mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik hält es die Regierung der UdSSR für erforderlich zu erklären, daß die Frage der Grenzen Deutschlands durch das Potsdamer Abkommen gelöst worden ist und daß die Deutsche Bundesrepublik ihre Jurisdiktion (Rechtsprechung) auf dem Gebiet ausübt, das unter ihrer Hoheit steht. ...<<

20.09.1955

DDR: Das Amt des Hohen Kommissars entfällt am 20. September 1955 und die Kontrollratsbeschlüsse für das Gebiet der SBZ werden außer Kraft gesetzt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/67): >>... Am 20.9.1955 hob die Sowjetunion (unmittelbar nach Abschluß des Moskauer Vertrages mit der DDR) das "Amt des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland" auf und übertrug dem Botschafter der UdSSR in der DDR die Aufgabe der Aufrechterhaltung der entsprechenden Verbindungen zu den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs in der Deutschen Bundesrepublik in Fragen, die sich aus den Beschlüssen der 4 Mächte über Gesamtdeutschland ergeben; die entsprechenden Aufgaben im militärischen Bereich erhielt der Oberkommandierende der Sowjetstreitkräfte in Deutschland. –

Zugleich setzte die Sowjetunion alle Kontrollratsgesetze u.ä. für die DDR außer Kraft, doch dies "berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen der Sowjetunion gegenüber Gesamtdeutschland, die sich aus entsprechenden Beschlüssen der 4 Mächte ergeben".

Obwohl dem Buchstaben nach die DDR unabhängig ist, hängt ihr Bestand, auch gegenüber der Bevölkerung Mitteldeutschlands, weitgehend von der Sowjetunion und von der Anwesen-

heit der sowjetischen Truppen ab.<<

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. September 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138): >>20. September 1955. Friedland besteht heute 10 Jahre. 10 Jahre lang wurde hier die Leidensgeschichte nicht nur unseres Volkes aufgezeichnet. Es finden keine "Feierlichkeiten" statt. Worüber sollte man sich auch freuen. Es gibt wirklich keinen Anlaß.

Dank müßte jedoch denen gesagt werden, die für Friedland so unendlich viel getan haben. Aber diese Frauen und Männer mögen keinen Dank, Für sie ist es (die) schönste Freude, hier helfen zu dürfen. Bis auch der Letzte daheim ist.

Denn viele fehlen noch. Aber es besteht die Hoffnung, daß bald wieder die Glocke läuten wird ... 1.837.349 Menschen gingen bisher durch das Lager. ...

Viele vermißte Deutsche ... werden nie wieder zurückkommen. Sie sind von Granaten zerrissen, von Panzern zermahlen, von Bomben zerschmettert, im Elend verkommen. Sie werden die Glocke in Friedland niemals hören. ...<<

UdSSR: Der Moskauer Vertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR bestätigt am 20. September 1955 die "Souveränität" der DDR und nennt sie "frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik". Die Besetzung der SBZ wird als "zeitweilig ... mit Zustimmung der Regierung der DDR" bezeichnet (x009/50).

22.09.1955

BRD: Die Bundesregierung bestätigt am 22. September 1955 die politischen Grundsätze der "Hallstein-Doktrin".

Diplomatische Beziehungen zur DDR werden danach als unfreundlicher Akt gegen die Bundesrepublik Deutschland eingestuft (x243/191).

September 1955

BRD: Ein vertriebener Schlesier schreibt im September 1955 kurz vor seinem Selbstmord (x024/251): >>... Seit unserem Zusammenbruch bin ich ein wackliger Mann an Leib und Seele geworden. Leider gibt es keine Rettung mehr für mich, obgleich ich es in meinem Innern immer erhofft hatte: ein Zurück nach meiner lieben Heimat. ...<<

05.10.1955

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 41/1955 berichtet am 5. Oktober 1955 über ein Treffen der "Bilderberger": >>**GEHEIM-KONFERENZ/BONN: Die tödlichen Aspekte** Bayerns Ministerpräsident Dr. Hoegner war etwas verstimmt. Da war in den letzten Septembertagen eine Reihe von Prominenten aus der politischen Welt der westlichen Hemisphäre nach Garmisch-Partenkirchen gekommen, um im Luxushotel "Alpenhof" des alten Bobweltmeisters Hanns Kilian eine geheime Konferenz abzuhalten. Keiner der Gäste - das war konzediert - brauchte ein polizeiliches Meldeformular auszufüllen. Aber die Herren hatten es nicht einmal für nötig gehalten, die bayrische Staatsregierung oder wenigstens deren Protokollabteilung zu verständigen, welche Art von Konferenz sie abzuhalten gedachten.

So ging, was im "Alpenhof" am 22. September als Viertage-Konferenz gestartet worden war, als vielumrätselte Geheimkonferenz von Garmisch durch die Presse. Von den Freimaurern bis zu den Illuminaten blieb kein Vergleich zu historischen Geheimbünden unbeachtet. In Wirklichkeit wußte man nur, daß Prinz Bernhard der Niederlande zu diesem Treffen eingeladen hatte, daß Politiker und Wirtschaftler aus vierzehn Nationen zum Meinungsaustausch zusammengekommen und daß die 140 Betten des "Alpenhofs" vier Tage lang ausschließlich für diesen Zweck vermietet worden waren.

Das Hotelpersonal hatte Sonderausweise erhalten. Die Gemeindeverwaltung war ersucht worden, sich nicht um die Tagung und ihre prominenten Teilnehmer zu kümmern, und mit den zivilen Hotelgästen hatte auch die Spielbank, die im "Alpenhof" untergebracht ist, für diese vier Tage umziehen müssen.

Was dann anreiste, trug dazu bei, den sagenumwobenen Charakter der Veranstaltung zu festigen. Es kamen unter anderem:

- General Gruenther, Oberkommandierender der Nato-Streitkräfte;
- Lord Ismay, Nato-Generalsekretär;
- Unterstaatssekretär Murphy vom amerikanischen Außenministerium;
- Botschafter außer Diensten Kennan, Privatdozent an der Princeton-Universität;
- Paul Hoffman, Vorsitzender der Studebaker-Packard-Corporation;
- Jean Monnet, Schöpfer der Montan-Union;
- Amintore Fanfani von der italienischen "Democrazia Christiana";
- Guy Mollet, Generalsekretär der französischen Sozialisten;
- Walter Hallstein, Staatssekretär des Bonner Außenamtes;
- Kurt-Georg Kiesinger, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten;
- Carlo Schmid, Stellvertreter Kiesingers im Außen-Ausschuß;
- Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie;
- Wilhelm Alexander Menne, Präsident des Chemie-Verbandes;
- amerikanische und westeuropäische Atomwissenschaftler.

Es war die erste Sitzung des Bilderberg-Kreises auf deutschem Boden. Bilderberg, ein Schloß in Holland, gab diesem Kreis internationaler Prominenz aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft den Namen. Auf Schloß Bilderberg fand im Mai 1954 das Gründungstreffen statt, auf dem Prinz Bernhard der Niederlande den Vorsitz der geheimnisvollen Gruppe einflußreicher Männer der westlichen Welt übernahm. In Barbizon in Frankreich traf man sich zum zweiten, in Garmisch zum dritten Male, und es soll nicht die letzte Zusammenkunft gewesen sein.

Die Konferenzen des Prinzen Bernhard sind der bisher erfolgreichste Versuch, eine Elite zum Erfahrungsaustausch zu versammeln, weil man bei diesen Meetings auf jede diplomatische Konvention verzichtet. Sie sind letztlich eine Art "Verschwörung" potenter Figuren aus der internationalen Hochfinanz, der Industrie und der Politik gegen die Gefahren engstirniger, auf einseitiger Information fußender Kabinettpolitik.

Hauptthemen der Garmischer Konferenz, zu denen geladene Experten die Debattegrundlagen lieferten, waren:

- Möglichkeiten wirksamer westlicher Hilfestellung bei der deutschen Wiedervereinigung.
- Wirtschaftliche Nutzung der Atomkraft, ohne zugleich die neuerworbene Energie rückhaltlos privaten Interessen auszuliefern.
- Die tödlichen Aspekte eines Atomkrieges in Europa und politische Maßnahmen zu seiner Verhinderung.

Carlo Schmid hielt eine glänzende Rede über die Moskau-Reise der Bonner Delegation und tauschte seine Erfahrungen mit Engländern aus, die im Sommer die Sowjet-Union besucht hatten. Nato-Chef Gruenther mußte ein mehrstündiges Trommelfeuer von Fragen über sich niedergehen lassen, behauptete sich in der lebhaften Diskussion aber glänzend.

In diesem Rahmen konnten auch ungeniert Fragen erörtert werden, die in offiziellen diplomatischen Verhandlungen tabu sind, wie etwa die: ob eine westdeutsche Regierung es vor dem eigenen Volk, besonders aber vor ihren westlichen Verbündeten auf sich nehmen könnte, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, wenn durch ein so schwerwiegendes Opfer die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht werden würde.

Die Teilnehmer der Tagung achteten peinlich darauf, daß auf den Konferenztischen auch nicht die kürzeste Notiz liegenblieb, wenn sie den Sitzungssaal verließen.

Als Bayerns Ministerpräsident Hoegner seinem Unmut darüber Luft machte, daß man ihm von all diesen Dingen nichts gesagt hatte, verabschiedete sich auf dem Flugplatz München-Riem vor dem niederländischen Regierungsflugzeug Prinz Bernhard der Niederlande schon wieder

von Paul Rijkens, dem früheren Präsidenten des Unilever-Konzerns, und von dem früheren holländischen Außenminister van Kleffens, der sein Land heute als Botschafter in Portugal vertritt und der als einer der geistigen Initiatoren des Treffens gilt.<<

09.10.1955

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 9. Oktober 1955 über die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen: >>**Letzte Kriegsgefangene kehren heim**

... Nach mehr als 10 Jahren Trennung und quälender Ungewißheit haben sie einander endlich wieder. Frauen ihre Männer, Eltern ihre Söhne, Kinder ihre Väter, die sie oft zum ersten Mal in ihrem Leben sehen.

Ergreifende Szenen spielen sich bei der Ankunft der 600 deutschen Spätheimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft im niedersächsischen Friedland ab.

Sie gehören zu den ersten der letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen und 20.000 Zivilinternierten, die aus den Lagern jenseits von Ural und Polarkreis zurückkehren. Die meisten von ihnen wurden von sowjetischen Schnellgerichten wegen angeblicher Kriegsverbrechen, aber auch wegen unterstellter Spionage oder antisowjetischer Hetze zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Möglich geworden ist die Rückkehr der Männer durch den Besuch Konrad Adenauers im Kreml. ... Bonn will die Rückkehr der Gefangenen. Moskau hat ein Interesse an den Aufnahmen diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Bundesrepublik, um damit die Existenz zweier deutscher Staaten als gegeben festzuschreiben. ...<<

10.10.1955

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 10. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138): >>10. Oktober 1955. ... Der erste große Heimkehrertransport, als Auftakt der letzten Entlassungsaktion aus sowjetischen Gefangenenlagern, traf gestern ein. 602 Heimkehrer feierten ein stürmisches Wiedersehen mit der Heimat. Insgesamt werden noch mindestens 9.626 Kriegsgefangene erwartet. Diese Zahl ist jedenfalls von der sowjetischen Regierung amtlich mitgeteilt worden.

... Alle Wochenschauen, Hunderte von Bildberichterstatern und Sonderkorrespondenten der größten Zeitungen des In- und Auslandes sind im Lager angekommen, um das größte Ereignis in Wort und Bild festzuhalten. ...

Friedland steht seit gestern im Mittelpunkt des Weltinteresses. Die Heimkehr deutscher Kriegsgefangener ist plötzlich eine hochpolitische Angelegenheit geworden.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte schreibt später über den Arbeitseinsatz der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (x130/311-312): >>Gegen Ende des Jahres 1945 war mit etwa 1,3 Millionen die größte Zahl deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion erreicht, die zur Arbeit eingesetzt waren. Die große Masse der Überlebenden wurde um die Wende 1949/50 in die Heimat entlassen, doch wurde ein Rest wegen angeblicher Kriegsverbrechen verurteilt und zurückgehalten, von denen über 27.000 weiter im Arbeitseinsatz blieben.

Von ihnen wurde der größte Teil um die Jahreswende 1953/54 entlassen, so daß nunmehr noch etwa 10.000 zur Arbeit gezwungen wurden. Ende 1955 kamen auch sie endlich nach Hause. Ein Arbeitseinsatz erfolgte bis zum Jahre 1955 einschließlich.

Es ergibt sich, daß von den deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand mindestens 10.338.997.136 Arbeitsstunden erbracht wurden. Es muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es sich um absolute Mindestzahlen handelt. ...<<

13.10.1955

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 13. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138-140): >>13. Oktober 1955. ... Friedland erfährt die Invasion einer riesigen Menschenmenge, die mit Autos und Zügen von weither kommt, um beim Empfang

der Heimkehrer dabei zu sein, sie in der Heimat zu begrüßen, ihnen Blumen und Geschenke zu überreichen.

Auf den Zufahrtsstraßen stehen kilometerweit Fahrzeuge, die alle nach Friedland wollen. ... Im Lager wimmelt es von vielen tausend Menschen, die nach hier gekommen sind, um entweder Heimkehrer abzuholen, Nachforschungen über weitere Transporte anzustellen oder Fragen an die Kriegsgefangenen über Vermißte zu richten.

Die Post hat ein fahrbares Amt im Lager aufgestellt, mit besonderen Telefonleitungen für die Presse. ...

Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes hat nahezu 90 Helferinnen und Helfer aus allen Landesverbänden nach Friedland beordert, um die riesige Nachforschungsarbeit bewältigen zu können und alle Heimkehreraussagen richtig auszunutzen. ...

Die Lagerleitung gleicht einem Bienenschwarm. Auskunftssuchende Menschen drängen sich auf dem schmalen Gang der Baracke, fragen sich zum Geschäftszimmer durch, schieben sich bis zur Barriere und bringen ihr Anliegen vor. ...

... Spenden der Bevölkerung treffen in ungeahnten Mengen ein, damit die Männer eingekleidet und mit den notwendigsten Gebrauchsgegenständen ausgerüstet werden können. ...<<

14.10.1955

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 14. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143): >>14. Oktober 1955. ... Es kam ein schlimmes Telegramm in Friedland an, eine Hiobsbotschaft für einen Heimkehrer, der das Papier zunächst fassungslos ansah, so, als könnte er sich den Sinn der Worte nicht erklären. In der Depesche stand weiter nichts als "Komme nicht ... Ich bin wiederverheiratet ...

Dieses Antworttelegramm, daß er in Friedland eingetroffen sei, kam von einer Frau, die ihren Mann in der Zwischenzeit "abgeschrieben" hatte, wie einer der Journalisten sagte, ihn für tot erklären ließ und wieder heiratete. Obwohl sie wußte, daß ihr Mann lebte und sich in Rußland in Gefangenschaft befand.

... Vergebens hoffte der Gefangene auf ein Lebenszeichen, konnte sich nicht erklären, warum sich seine Frau nicht meldete, bangte um ihr Schicksal. Jetzt wußte er ... das lange Schweigen zu deuten.

Man mußte mit beiden Beinen fest auf der Erde stehen, um von solch einer Nachricht nicht umgeworfen zu werden. Noch wußte der ehemalige Major nicht, was er anfangen sollte. ...

Für diesen Mann war Friedland kein Ort des Aufatmens geworden. Hier traf ihn eine Nachricht, die er wohl nie wieder verwinden würde. ...<<

15.10.1955

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 15. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143-149): >>15. Oktober 1955. ... Immer wieder erinnerte die Regierung, mahnten Sprecher der Parteien, der Kirchen und der Verbände daran: "Schickt uns unsere Kriegsgefangenen zurück". Nun sind sie da.

Tausende von Menschen warten jeden Tag im Lager ungeduldig auf die Ankunft eines Transportes. Wann wird die Omnibuskarawane eintreffen? ...

Dann beginnt plötzlich die Lagerglocke zu läuten. Jeder weiß, nun sind sie gleich da.

Jubel bricht los, setzt sich fort, Händeklatschen klingt auf, dann fahren die Omnibusse im Schritt heran. Die da drinnen sitzen, auf den ungewohnten roten Ledersesseln, winken mit leisen Handbewegungen zurück, beugen sich manchmal auch aus den Fenstern vor, um einen Angehörigen zu erspähen, lächeln, sind sehr, sehr glücklich.

Blumen, Zigaretten, Schokolade werden durch die Fenster gereicht, zumeist stumm entgegengenommen – denn sie wissen nichts zu sagen, diese Männer, sie haben keine Worte in dieser Stunde, nach der sie sich seit langer, langer Zeit sehnten.

Die Omnibusse halten, Hunderte von Menschen schieben sich in Richtung des Appellplatzes,

wo nun die offizielle Begrüßung stattfinden soll. Sie wollen die ersten Minuten des Wiedersehens der Heimkehrer mit ihren Angehörigen, die ersten Sekunden, in denen sich Frau und Mann, Mutter und Sohn, Bruder und Schwester in den Armen liegen, nicht stören. ...

Und dann beteten sie auf dem Platz in Friedland. Mit gefalteten Händen, gesenktem Blick, den Kopf zur Erde geneigt, so sprachen sie mit den vielen Tausend anderen das "Vater unser". Polizisten nahmen die Dienstmützen ab, die Hüte wurden von den Köpfen genommen, viele knieten nieder, keiner schämte sich vor dem anderen.

Aber viele, die nach Friedland kamen, stehen auch am Rande des großen Glücks, dürfen nicht daran teilnehmen, weil der Vater tot, der Junge nie wiederkommen wird. Dennoch sind sie hierher gekommen, um doch vielleicht einen Hinweis über den Vermißten zu erfahren, nur einen kleinen Anhaltspunkt zu bekommen. ...

Und sie werden nicht müde, immer wieder ihre Schilder den Gefangenen entgegenzuhalten, sie zu fragen, um Auskunft zu bitten, sie an Feldpostnummern, Regimenter, Lager zu erinnern. Aber nur zu oft schütteln die Heimkehrer den Kopf, wissen keine Antwort, zucken mit den Schultern, versuchen sich zu erinnern, können aber nichts über den Gesuchten sagen.

Manche Hoffnung, die bereits wieder am Aufflackern war, wird wieder erstickt.

Noch immer werden 1,2 Millionen deutsche Menschen vermißt. ...<<

17.10.1955

Berlin: In einem Schreiben vom 17. Oktober 1955 appelliert der evangelische Bischof von Berlin an die Eltern der mitteldeutschen Konfirmanden (x009/215): >>... Wer sich konfirmieren lassen will, kann nicht zur Jugendweihe gehen. Hier können wir keine Kompromisse schließen mit dem Atheismus!<<

18.10.1955

BRD: Bundespräsident Theodor Heuss spricht am 18. Oktober 1955 im Grenzdurchgangslager Friedland (x123/5): >>Liebe Landsleute, Heimkehrer aus dem fernen Rußland!

Das Grußwort, das ich für das deutsche Volk zu sprechen habe, kann ganz einfach sein: Ein herzliches Willkommen.

Als ich vor 2 Jahren bei einem Heimkehrertransport hier war, da glaubte unsere Hoffnung, daß es nun so weitergehen werde und die Erlösung auch für Euch schon da sei. Wir haben uns damals getäuscht.

Aber das Mühen um Eure Rückkehr ist durch alle Jahre hindurch für die deutsche Gesamtheit eine bindende Kraft gewesen. Alle Gegensätze zwischen Parteien und Gruppen sind weggesunken, wenn man an das Schicksal derer dachte, die draußen noch litten.

Ob Familien, ob Freunde, ob Bekannte ihre Gedanken, ihre Sorge in den Osten, in die Lager sandten, - das Gefühl, es ist genug des Leides, hat die Deutschen untereinander, und nicht nur mit Euch, verbunden in dem Ringen um das Schicksal von Menschen, die Bundesregierung, die Parlamente, die karitativen Verbände.

Wie waren wir alle froh, für Euch und für uns, daß es dem Bundeskanzler in Moskau dann doch in seiner harten, klaren und doch seelisch erfüllten Zähigkeit gelang, diese Entscheidung Eurer Freigabe zu erreichen!

Es war und blieb ein Kampf um die Freiheit der einzelnen Menschen, wie sie aus der tragischen Zerstörung ihres Lebens gerettet werden können, um zugleich ihren Angehörigen, ihren Freunden die innere Ruhe zurückzugeben, um eine ewig schmerzende Reizstelle zur Heilung zu bringen. Denn sie mußte, daß Ordnung auch zwischen den Völkern wieder möglich werde, gesunden.

Wir haben noch Sorgen genug vor uns auf dem Wege unseres Volkes.<<

23.10.1955

Frankreich: Bei der Volksabstimmung über das Saarstatut vom 23. Oktober 1955 lehnen 67,7 % der Saarländer (Wahlbeteiligung = 97,5 %) das Europäische Statut ab, denn sie wollen

Deutsche bleiben (x155/52).

26.10.1955

Österreich: Die österreichische Regierung verpflichtet sich am 26. Oktober 1955 zur "immerwährenden Neutralität" (x299/174): >>... Artikel 2: Österreich ... wird in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.<<

20.12.1955

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 20. Dezember 1955: >>Bundesrepublik Deutschland und Italien unterzeichnen Abkommen über Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. Dezember 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150): >>20. Dezember 1955. ... Am 4. Adventssonntag weihte der Erzbischof von Köln, Kardinal Frings, die neue "Friedland-Gedächtnis-Kirche" feierlich ein. ...

Genau vor 5 Jahren, am 4. Advent 1950, war von Pfarrer Dr. Krahe eine Baracke als Lagerkapelle eingerichtet worden. Das große Gotteshaus, unmittelbar am Appellplatz des Lagers, soll nach den Worten des Kardinals als "Mahnmal zum Frieden" dienen. ...

An der Ostseite der Kirche wurde als "Mahnmal für kommende Zeiten" eine übergroße Heimkehrerstatue aufgestellt. Der Glockenstuhl im Turm wird eine Glocke aus dem 15. Jahrhundert, die bis zum Kriege in Oberschlesien läutete, tragen. ...<<

31.12.1955

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 31. Dezember 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150): >>31. Dezember 1955. Seit dem Bestehen des Lagers gingen 1.846.288 Menschen durch Friedland, Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Ausgewiesene. Davon waren 555.454 Heimkehrer. ...<<

1955

DDR: Im Jahre 1955 fliehen 252.870 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Die DDR-Zeitschrift "Bauerfibel" berichtet im Jahre 1955 über die "Kollektivierung auf dem Lande" (x243/207): >>... Jeder wird (vom Staat) zur Rechenschaft gezogen und bestraft, der versucht, werktätige Bauern oder Landarbeiter zum Eintritt (in die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft - LPG) ... durch Zwang ... zu veranlassen.<<

Berlin: Im Jahre 1955 wird die deutsche Nebenstelle des "Royal Institute of International Affairs" und des CFR die "Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik" (DGAP) in Berlin gegründet, um die Probleme der internationalen und besonders der europäischen Wirtschaft sowie der Politik zu erörtern und zu lösen.

Bekannte Mitglieder der DGAP von A-Z:

Bangemann, Martin (*1934-, deutscher FDP-Politiker, 1972-80 Mitglied des Bundestages, 1984-88 Wirtschaftsminister; 1985-88 Vorsitzender der FDP, 1988-99 Kommissar der Europäischen Kommission, 1989-95 einer der 6 Vizepräsidenten der EG beziehungsweise EU).

Dohnanyi, Klaus von (*1928-, deutscher SPD-Politiker, 1972-74 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1976-81 Staatsminister im Bundesaußenministerium, 1981-88 Erster Bürgermeister von Hamburg).

Engholm, Björn (*1939-, deutscher Politiker der SPD, 1981-82 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1988-93, Ministerpräsident in Schleswig-Holstein).

Genscher, Hans-Dietrich (1927-2016, deutscher Jurist und FDP-Politiker), 1974-85 Parteivorsitzender der FDP, 1969-74 Bundesinnenminister 1974-92 Vizekanzler und Bundesaußenminister).

Lambsdorff, Otto Graf (1926-2009, deutscher FDP-Politiker, 1977-84 Bundeswirtschaftsminister, 1988-93 Vorsitzender der FDP).

Milner, Alfred, Viscount (1854-1925, britischer Politiker, als Gouverneur der Kapkolonie, wesentlich am Ausbruch des Burenkrieges von 1899-1902 beteiligt, führender Vertreter des

britischen Imperialismus).

Rühe, Volker (*1942-, deutscher CDU-Politiker), 1989-92 Generalsekretär der CDU, 1992-98 Bundesminister für Verteidigung).

Schmidt, Helmut (1918-2015, deutscher SPD-Politiker), 1969-72 Bundesverteidigungsminister, 1972 Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, 1972-74 für Finanzen, 1974-82 Bundeskanzler, wurde nach dem Bruch der SPD/FDP-Koalitionsregierung am 1.10.1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt).

Stolpe, Manfred (1935-2019, deutscher Jurist und SPD-Politiker, bis 1990 häufig Vermittler zwischen der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und der DDR-Staatsführung, November 1990 bis Ende Juni 2002 Ministerpräsident in Brandenburg, 2002-05 Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen).

Stoltenberg, Gerhard (1928-2001, deutscher CDU-Politiker, 1982-89 Bundesfinanzminister, 1989-92 Verteidigungsminister).

Weizsäcker, Richard Freiherr von (1920-2015, deutscher Jurist und CDU-Politiker, 1964-70 Präsident des Evangelischen Kirchentags, 1981-84 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1984-94 Bundespräsident).

Süssmuth, Rita (*1937-, deutsche CDU-Politikerin, 1985-88 Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, danach bis 1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages).

Waigel, Theodor (*1939-, deutscher Jurist und CSU-Politiker, 1988-99 Vorsitzender der CSU, 1989-98 Bundesminister für Finanzen).

Wischnewski, Hans-Jürgen (1922-2005, deutscher SPD-Politiker, 1966-68 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1974-79 Staatsminister).

Wolff von Amerongen, Otto (1918-2007, deutscher Industrieller, 1969-88 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages).

1956

Recht muß doch Recht bleiben. <i>Sprichwort aus Deutschland</i>
--

02.01.1956

BRD: Die Bundeswehr beginnt am 2. Januar 1956 ihren Dienst.

Der Fahneid der Bundeswehr lautet wie folgt (x243/211): >>... Ich gelobe der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.<<

18.01.1956

DDR: Die Volkskammer nimmt am 18. Januar 1956 das Gesetz über den Aufbau einer Nationalen Volksarmee an (Ende der "verdeckten Aufrüstung").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Nationale Volksarmee" (x009/304): >>Bezeichnung für die aus der früheren Kasernierten Volkspolizei hervorgegangenen Armee.

Am 18.1.1956 wurde in der Volkskammer das "Gesetz über die Schaffung der NVA und des Ministeriums für Nationale Verteidigung" verabschiedet: Die Armee sei "für die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und die Sicherheit der DDR" notwendig. Sie besteht aus Land-, Luft- und Seestreitkräften. "Die zahlenmäßige Stärke wird begrenzt entsprechend den Aufgaben zum Schutze des Territoriums der DDR, der Verteidigung ihrer Grenzen und der Luftverteidigung." ...<<

Der Fahneid der Nationalen Volksarmee (NVA) lautet wie folgt (x243/211): >>Ich schwöre: Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter- und Bauernregierung gegen jeden Feind zu schützen.

Ich schwöre: An der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten soziali-

stischen Länder als Soldat jederzeit bereit zu sein ...

Ich schwöre: ... Sollte ich jemals diesen meinen feierlichen Fahneneid verletzen, so möge mich die harte Strafe der Gesetze unserer Republik und die Verachtung des werktätigen Volkes treffen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/290-291): >>Bereits die kasernierte Volkspolizei (KVP) wurde mit dem Anspruch erzogen, sie sei die eigentlich berufene gesamtdeutsche Armee.

Seit dem 18.1.1956, seit der Umbenennung der KVP in Nationale Volksarmee (NVA) wird dieser Anspruch stärker betont. Sie soll "den Interessen des ganzen deutschen Volkes dienen ... auf der Wacht für die Sicherung des Friedens", so erklärte Stoph am 18.1.1956, als er die Errichtung des Ministeriums für Nationale Verteidigung ankündigte. Sie soll ein Machtinstrument werden, das entscheidend an der geplanten Bolschewisierung auch der Bundesrepublik mitwirkt. ...

Die NVA trägt wieder die feldgraue deutsche Uniform des Ersten und Zweiten Weltkrieges, aber die Sowjetarmee gilt als ihr Vorbild. Unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus soll sie zu einem Werkzeug des Sowjetimperialismus erzogen werden. Deshalb untersteht die Volksarmee auch dem Oberkommando des Warschauer Beistandspaktes. Als bolschewistische Armee arbeitet sie unter strengster Geheimhaltung.<<

27.01.1956

DDR: Der Techniker W. Heldt und der Elektriker W. Rudert werden am 27. Januar 1956 vom Obersten Gericht der "DDR" wegen Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) zum Tod verurteilt.

Nach Protesten der Bundesrepublik Deutschland läßt Pieck (Präsident der Republik) die Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umwandeln (x009/10-11).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Abwerbung" in der SBZ (x009/10-11): >>Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht, 1955 in der Rechtsprechung erstmalig in diesem Sinne gebraucht.

Seitdem wurde die Abwerbung als eine Erscheinungsform der Boykotthetze im Sinne des Art. 6 der Verfassung angesehen und als Staatsverbrechen mit schweren Strafen geahndet.

Die Strafpolitik nahm keine Rücksicht auf die eigene Verfassung, die in Art. 8 die Freizügigkeit, in Art. 10 das Recht auf Auswanderung garantiert. ... Durch das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11.12.1957 wurde der Tatbestand der "Verleitung zum Verlassen der "DDR" gesetzlich festgelegt.

Mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren kann danach bestraft werden, wer es im Auftrage von Agentenorganisationen, Spionageagenturen oder ähnlichen Dienststellen oder von Wirtschaftsunternehmen unternimmt, eine Person zum Verlassen der "DDR" zu verleiten.

Gefängnis nicht unter 6 Monaten ist für denjenigen angedroht, der es ohne besonderen Auftrag unternimmt, einen Jugendlichen, einen in der Berufsausbildung stehenden Menschen oder eine Person wegen ihrer beruflichen Tätigkeit oder wegen ihrer besonderen Fähigkeiten oder Leistungen (z.B. Sportler) mittels Drohung, Täuschung oder Versprechen zum Verlassen der "DDR" zu verleiten.

Es kommt nach dieser gesetzlichen Neuregelung also nicht mehr darauf an, ob das Verlassen des "Abgeworbenen" auf legalem Wege oder durch "Republikflucht" erfolgen soll. Als Methode der Abwerbung erwähnt Jahn schon "die Verherrlichung der westdeutschen Verhältnisse ... Zu dieser Methode sind alle Fälle zu zählen, in denen die Täter auf angebliche Vorzüge im Westen hinweisen" ...

Eine besondere Rolle spielte die Abwerbung für die Begründung der Abriegelungsmaßnahmen des 13.8.1961 (Beginn des Mauerbaues in Berlin).

Die allgemeine Sprachregelung ging von Abwerbung auf "Menschenhandel" und "Kopfjäge-

rei" über. In 2 großen Prozessen vor dem Obersten Gericht im August 1961 wurden angebliche "Menschenhändler und Kopfjäger" zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Für das künftige Strafgesetzbuch wird eine Erweiterung des Tatbestandes der Abwerbung vorgeschlagen, die eine Rückkehr zur früheren Rechtsprechung gegen Boykotttätze bedeutet. "Die Abwerbung ... muß generell für strafbar erklärt werden, ... gleich gegen welche Personen sie sich richtet ..." ...<<

28.01.1956

DDR: Die DDR-Streitkräfte werden am 28. Januar 1956 in die Streitkräfte des Warschauer Beistandspaktes einbezogen.

31.01.1956

BRD: Der neugewählte saarländische Landtag beschließt am 31. Januar 1956 den Anschluß des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland.

04.02.1956

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. Februar 1956 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150-152): >>4. Februar 1956. ... Die Umsiedlung deutscher Menschen aus den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten geht nun wieder weiter.

Heute traf ein Transport ein. Auch diesmal wurden die Umsiedler wieder, wie in den vergangenen Wochen, in polnischen Schnellzugwagen II. Klasse mit Schlafwagenabteil befördert. In versiegelten Güterwagen durften sie außerdem ihren gesamten Hausrat mitnehmen. Welcher Unterschied zu den Jahren nach dem Kriege ...

Ich sprach gestern mit Lagerleiter Dr. Freßen.

"Was meinen Sie, wie lange Friedland noch bestehen wird?"

"Das kann man beim besten Willen nicht sagen. Die Aussiedlungen gehen ja immer noch weiter. Und wer weiß, welche Aufgaben Friedland in den nächsten Jahren zugeteilt bekommt." ... In Friedland wurde die Liebe der Menschen zueinander wieder deutlich. Hier feierte die Brüderlichkeit und Solidarität Auferstehung. Tausendfach sah Friedland die guten Werke von Schwestern, von Helfern, von Menschen aller Kreise.

Friedland ist in diesen langen Jahren ein Symbol unserer Zeit geworden. Ein Ausdruck dessen, was Menschen unserer Tage durch sinnlose Taten anrichten, aber auch durch die Macht des guten Herzens wieder gutzumachen versuchen. ...<<

15.02.1956

Berlin: Das SED-Regime verbietet am 15. Februar 1956 den Religionsunterricht an Ost-Berliner Oberschulen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Verhinderung des Religionsunterrichtes (x009/215): >>Die scharfen Maßnahmen gegen kirchliche Jugendorganisationen und die am 15.2.1956 verfügte Behinderung des Religionsunterrichtes an den Schulen Ost-Berlins (Verbot des Religionsunterrichtes an den Oberschulen) zeigten erneut, wo die Hauptangriffe gegen die Kirchen geführt werden. ...<<

25.02.1956

UdSSR: Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) kritisiert im Verlauf des XX. Parteitages am 25. Februar 1956 erstmalig den Stalinismus (x058/315, x191/69-70, x128/63): >>... Nach dem Tode Stalins leitete das ZK der Partei eine Aufklärungspolitik ein, um mit zwingender Konsequenz nachzuweisen, daß es unzulässig und dem Geist des Marxismus-Leninismus zuwider ist, eine Person herauszuheben und sie zu einem Übermenschen zu machen, der gottähnliche, übernatürliche Eigenschaften besitzt, zu einem Menschen, der angeblich alles weiß, alles sieht, für alle denkt, alles kann und in seinem ganzen Verhalten unfehlbar ist. Ein solcher Glaube an einen Menschen, und zwar an Stalin, ist bei uns viele Jahre kultiviert worden.

Stalin hielt sich nicht damit auf, die Menschen zu überzeugen, aufzuklären und geduldig mit

ihnen zusammenzuarbeiten, sondern er zwang anderen seine Ansichten auf und verlangte absolute Unterwerfung unter seine Meinung.

Wer sich seiner Konzeption widersetzte oder einen eigenen Standpunkt zu vertreten, die Korrektheit der eigenen Position zu beweisen suchte, wurde unweigerlich aus dem Führungskollektiv ausgeschlossen und anschließend sowohl moralisch als auch physisch vernichtet. Das zeigte sich in besonderem Maße in der Zeit nach dem XVII. Parteitag, als zahlreiche prominente Parteiführer und Parteimitglieder, die der Sache des Kommunismus mit aufrichtiger Hingebung dienten, dem Despotismus Stalins zum Opfer fielen. ...

Von Stalin stammt der Begriff des "Volksfeindes". Dieser Terminus machte es vornherein überflüssig, einer Person oder Personengruppe, die sich mit ihm im Widerspruch befand, ideologische Irrtümer nachzuweisen. ... Dieser Begriff des "Volksfeindes" machte jede Form des ideologischen Kampfes bzw. jede freie Meinungsäußerung zu dieser oder jener Frage, auch wenn sie rein praktischer Natur war, unmöglich. ...<<

>>... Die negativen Charakterzüge Stalins ... entfalteten sich immer stärker und führten in den letzten Jahren zu einem folgenschweren Mißbrauch der Macht durch Stalin. ... 1935-1938 begann die Massenunterdrückung durch den Regierungsapparat. Sie richtete sich zunächst gegen die Feinde des Leninismus. ... In der Folge griff sie aber auch auf zahlreiche aufrechte Kommunisten über, ... die die schwere Last des Bürgerkrieges, die ersten und schwierigsten Jahre der Industrialisierung und Kollektivierung getragen hatten.

In der Regel genügte als einziger Schuldbeweis, im Widerspruch zu allen Normen der Rechtswissenschaft, das "Geständnis" des Angeklagten selbst; wie sich später herausstellte, wurden die "Geständnisse" durch physischen (körperlichen) Druck von den Angeklagten erpreßt. ...<<

>>... Es hat sich erwiesen, daß viele Aktivisten der Partei, der Sowjets und der Wirtschaft, die in den Jahren 1937 bis 1938 zu "Volksfeinden" gestempelt worden waren, in Wirklichkeit niemals Feinde, Spione, Schädlinge usw. waren, sondern allzeit aufrechte Kommunisten.

Sie wurden nur als Feinde gebrandmarkt und bezichtigten sich oft selbst, weil sie die barbarischen Folterungen nicht länger ertragen konnten, nach den Weisungen der Untersuchungsrichter - und Wahrheitsverfälscher - aller möglichen schweren und unwahrscheinlichen Verbrechen. ...

Es wurde festgestellt, daß von den auf dem XVII. Parteitag gewählten 139 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees der Partei 98 Personen, das sind 70 %, in den Jahren 1937 bis 1938 verhaftet und liquidiert wurden (Enrüstung im Saale). ...

Das gleiche Schicksal ereilte nicht nur die Mitglieder des Zentralkomitees, sondern auch die Mehrzahl der Delegierten des XVII. Parteitages. Von 1.966 stimmberechtigten oder beratenden Delegierten wurden 1.108 Personen, also über die Hälfte aller Delegierten, unter der Beschuldigung gegenrevolutionärer Verbrechen verhaftet. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Tauwetter" in der Sowjetunion (x009/436): >>Im Westen geläufige Bezeichnung für die bisher umfassendste geistig-politische Oppositionswelle gegen bolschewistische Einseitigkeit in Herrschaftsausübung und Doktrin.

Als "Tauwetter" nach einem für diese Haltung repräsentativen Roman des sowjetischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg genannt, begann die Oppositionsbewegung Anfang 1956, ausgelöst durch die scharfen Angriffe Chruschtschows und Mikojans auf entscheidende Elemente des Stalinismus auf dem XX. Parteitag der KPdSU. ...<<

01.04.1956

DDR: Am 1. April 1956 tritt die Verordnung über die Allgemeine Sozialfürsorge in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sozialfürsorge" in der SBZ (x009/398-399): >>Seit dem 1.4.1956 gilt die Verordnung über die Allgemeine Sozialfürsorge ...

Danach wird Sozialfürsorge für alle hilfsbedürftigen Personen, einschließlich Personen, die keine Zahlungen aus der Sozialversicherung erhalten, gewährt.

Als hilfsbedürftig im Sinne der Sozialfürsorge wird angesehen, wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine arbeitsunfähigen Familienangehörigen nicht verdienen kann und keine ausreichenden Mittel von anderer Seite erhält oder erhalten kann. Als hilfsbedürftig gilt nicht, wer arbeitsfähig ist und eine zumutbare Arbeit ablehnt.

Hilfeleistung aus den Mitteln der Sozialfürsorge wird nicht gewährt in den Fällen, in denen der Hilfsbedürftige Einnahmen aus seinem Vermögen hat oder ihm eine Hilfeleistung in Höhe des für den betreffenden Ort festgesetzten Existenzminimums durch Dritte gewährt wird, die zum Unterhalt des Hilfsbedürftigen gesetzlich verpflichtet sind.

Die Sozialfürsorge wird durch die Räte der Gemeinden gewährt. Die Sozialfürsorge untersteht dem Ministerium für Gesundheitswesen, Hauptabteilung Sozialwesen. Die Referate Sozialfürsorge entscheiden über die Hilfsbedürftigkeit. ...

Die Sozialfürsorge gliedert sich in den allgemeinen Rahmen der Arbeits- und Sozialpolitik ein, d.h.: auch sie wird in die Wirtschaftsplanung einbezogen:

"... Wir können nicht einen Plan aufstellen, der die Zahl der Hilfsbedürftigen in der Sozialfürsorge für die Plandauer um einen bestimmten Prozentsatz reduziert, aber wir müssen den Personenkreis der Hilfsbedürftigen in seiner Zusammensetzung dauernd nach Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen überprüfen und kontrollieren, um sie den Organen für Arbeitsreserven in der Staatlichen Planung zur Kenntnis zu bringen" ("Arbeit und Sozialfürsorge", S. 328).

Die Sozialfürsorge ist daher nicht karitativ, sondern produktiv:

"Sie unterscheidet sich grundsätzlich von dem Begriff der bisherigen Wohlfahrtspflege, indem sie sich zu einer produktiven Fürsorge entwickelt hat, deren erste Maßnahmen im Arbeitsamt beginnen. So stehen Berufsausbildung, Umschulung und der Arbeitsplatznachweis an vorderster Stelle fürsorgerischer Maßnahmen, die durch die Organe der Kreisverwaltungen angestrebt und durchgeführt wurden" ("Arbeit und Sozialfürsorge", Ost-Berlin, S.327).

Die Barunterstützungen sind deshalb gering und betragen für Hauptunterstützungsempfänger 85 Deutsche Mark Ost, für ihre erwachsenen Angehörigen 30 Deutsche Mark Ost, für ein Kind 35 Deutsche Mark Ost monatlich. ...

... Auch hier wird, wie in der Sozialversicherung die Tendenz deutlich, möglichst viele Menschen zur Arbeit zu zwingen.

Das Referat Sozialfürsorge betreut außer den Unterstützungsempfängern die Insassen von Alters-, Pflege- und Siechen- sowie Blindenheimen, für die ganz oder teilweise die Kosten der Heimaufnahme von den Angehörigen nicht getragen werden können. Die Bewohner der Heime erhalten neben Unterkunft, Bekleidung und Verpflegung ein geringes monatliches Taschengeld. Auch die Betreuung der Haftentlassenen gehört zum Aufgabengebiet des Referats. Praktisch geschieht in dieser Beziehung sehr wenig. Die Sozialfürsorge zahlt ferner an Arbeitslose Differenzbeträge bis zur Höhe der Fürsorgesätze.<<

19.05.1956

Luxemburg: Die Außenminister der EGKS-Staaten beschließen am 19. Mai 1956, die Verhandlungen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) aufzunehmen.

11.06.1956

BRD: Der Bund der Vertriebenen (BvD) und der Verband der Landsmannschaften fordern am 11. Juni 1956 zum "Tag der deutschen Heimat 1956" die Verwirklichung von Selbstbestimmung und Heimatrecht (x155/53-55): >>... Einem Volke wird von anderen Völkern nichts geschenkt es selbst muß in der Völkerfamilie sich Gehör und Anerkennung verschaffen. ... Für uns Deutsche ist die Selbstbestimmung noch lange nicht verwirklicht!

... "Heimat" umfaßt für uns die seit Generationen gewohnte Umgebung von Landschaft, Dorf,

Stadt, von Nachbarn, Sitte, Brauchtum, von Beruf und Existenz. Sie umfaßt Materielles und Seelisches, ohne die der Mensch nicht leben kann. ...

Als Deutschland 1945 am Boden lag, bestimmten die Siegermächte in Ost und West die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen. ... Die Siegermächte bestimmten und sanktionierten ferner die Austreibung von vielen Millionen Deutschen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und den volksdeutschen Heimatgebieten außerhalb der Reichsgrenzen ...

Aber die 4 Siegermächte erklärten gleichzeitig - und zwar am 5. Juni 1945 -, daß sie die Grenzen Deutschlands später festlegen würden! ...

Diese Auffassung ist von westlichen Staatsmännern wiederholt bestätigt worden. Es ist bedeutsam, gerade in diesen Septembertagen daran zu erinnern, daß vor 10 Jahren der damalige Außenminister der Vereinigten Staaten, Byrnes, in einer Rede in Stuttgart am 6. September 1946 ausdrücklich erklärte, daß die Festlegung der deutschen Ostgrenze erst bei Gelegenheit der Friedensregelung erfolgen solle. Von hier ab datiert der Umschwung der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland, der mit eine Voraussetzung für unseren Wiederaufstieg war. ...

Ganz anders die Sowjetunion und die von ihr abhängige Regierung in der Sowjetzone. Am 6. Juni unterzeichneten die verantwortlichen Staatsmänner dieser Regierung in Warschau eine Deklaration und ein deutsch-polnisches Grenzabkommen, wonach die Oder-Neiße-Linie eine unverletzliche Friedens- und Freundschaftsgrenze sei. ...

Schon am Tage darauf erklärte das britische Auswärtige Amt, die Sowjetzonenregierung sei gar nicht befugt, Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie an Polen zu überlassen; Großbritannien sei nicht der Auffassung, daß die Oder-Neiße-Linie endgültig sei. Und am 8. Juni sprach sich die Regierung der Vereinigten Staaten in ähnlichem Sinne aus. ...

Ein Lichtblick ist für uns die Entwicklung im Saargebiet. Dort hat sich trotz heftiger Widerstände und trotz manchem bedenklichen Schweigen das Selbstbestimmungsrecht doch Bahn gebrochen. Die Saar kehrt zurück, so wie es dem Willen der dortigen Bevölkerung entspricht.

...<<

28.06.1956

BRD: In einer Erklärung der deutschen Bundesregierung vom 28. Juni 1956 heißt es (x024/-281): >>Das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht sind unabdingbare Voraussetzungen für die Lösung des Schicksals der in der Vertreibung oder in der Unfreiheit lebenden Menschen und Völker. ...<<

30.06.1956

Polen: In Posen bricht Ende Juni 1956 ein Arbeiteraufstand aus.

Der Aufstand wird durch die polnische Armee und Polizeiverbände kurzfristig niedergeschlagen.

UdSSR: Das Zentralkomitee der KPdSU erklärt am 30. Juni 1956 zur "Überwindung des Personenkults und seiner Folgen" (x243/137): >>... Unser Land mußte in historisch kürzester Frist ohne jede wirtschaftliche Hilfe von außen seine jahrhundertelange Rückständigkeit beseitigen und die gesamte Volkswirtschaft auf neuen, sozialistischen Grundlagen umgestalten. Die komplizierte internationale und innere Lage erforderte eiserne Disziplin und ständige Erhöhung der Wachsamkeit sowie strengste Zentralisierung der Führung. ...

Zweifellos besagen die Tatsachen, daß Stalin an vielen Ungesetzlichkeiten schuld ist, die besonders in der letzten Zeit seines Lebens begangen wurden. Gleichzeitig darf man jedoch nicht vergessen, daß die Sowjetmenschen Stalin als einen Menschen kannten, der stets für den Schutz der Sowjetunion ... und für die Sache des Sozialismus kämpft. ...

Jedes Auftreten gegen ihn wäre unter diesen Bedingungen vom Volk nicht verstanden worden. ... Darüber hinaus wäre ein derartiges Auftreten ... als ein Zeichen gegen den Aufbau des Sozialismus, als in der Atmosphäre der kapitalistischen Einkreisung äußerst gefährliche Unter-

grabung der Einheit der Partei und des ganzen Staates angesehen worden.<<

07.07.1956

BRD: Der Bundestag beschließt am 17. Juli 1956 ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen 18 und 45 Jahren. Das Gesetz gilt nicht in West-Berlin.

18.07.1956

Belgien: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (29/1956) berichtet am 18. Juli 1956 über eine europäische Atom-Energie-Gemeinschaft: >>Das Monstrum

Seit dem Sommer 1954, seit dem Tage, an dem Frankreichs damaliger Ministerpräsident Pierre Mendes-France dem Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ein Begräbnis dritter Klasse bereitet, ist die Szenerie klein-europäischer Einigungsbestrebungen öd und leer. Lediglich die Europäische Montanunion (Schumanplan) fristet seither ein stets gefährdetes Leben in der vom toten Gebein der EVG und anderer europäischer Unionspläne bedeckten Wüstenei.

Im Frühjahr vorigen Jahres jedoch ging über dieser melancholisch stimmenden Landschaft ein neuer Stern auf. Er wurde mit einem fremdartig schillernden Namen belegt: Euratom.

Es war der Plan einer europäischen Atom-Energie-Gemeinschaft nach dem Muster der Montanunion.

In der vorletzten und letzten Woche befaßte sich Frankreichs Nationalversammlung mit dem Euratom-Plan. Das Interesse der Abgeordneten für dieses Gebilde war zunächst nicht groß. Die Redner sprachen stundenlang vor fast leeren Bänken - bis Frankreichs sozialistischer Ministerpräsident Guy Mollet, aus dem Wissensschatz europäischer Astrologie schöpfend, den Abgeordneten eine Deutung des neuen Sterns vermittelte.

Der Sinn seiner Ausführungen war, daß Euratom den Deutschen ein Leitstern auf dem Wege westlicher Gesittung und ein Orientierungspunkt zur Vermeidung östlicher Abweichungen sein solle. Guy Mollet erläuterte den Abgeordneten die weltpolitische Bedeutung Euratoms mit Erinnerungen an seinen jüngsten Moskauer Besuch.

Bei dieser Gelegenheit, so berichtete er, habe Chruschtschow ihm - Mollet - gedroht, daß die Sowjet-Union sich eines Tages sehr wohl direkt mit Bonn und unter Ausschluß der westlichen Mächte über die Frage der deutschen Wiedervereinigung verständigen könne, woraus - so fuhr Mollet fort - nichts anderes zu schließen sei, als daß "nur eine Integration Deutschlands in eine europäische Gesamtheit, die ihm übergeordnet ist und Autorität über Deutschland hat", eine dauerhafte Lösung des deutschen Problems bringen könne.

Mollets Warnung vor einer Bundesrepublik, die - aller konkreten Bindungen an Westeuropa bar - sich eines Tages mit den Sowjets eigenmächtig verständigen könne, brachte Leidenschaft in die Debatte. Einer nach dem anderen eilten die alten Kämpen der EVG und der Montanunion - der Vater des EVG-Planes René Pleven, der katholische Volksrepublikaner Maurice Schumann, die Abgeordneten Reynaud und Teitgen - auf die Tribüne des Hauses und warnten vor der innerpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik, die nach den Worten des sozialistischen Abgeordneten Felix Gouin mit Riesenschritten "der nachadenauerschen Epoche entgegenstrebt".

Frankreichs Außenminister Antoine Pineau malte gar das Schreckgespenst eines "neuen deutsch-sowjetischen Paktes" an die Wand und erklärte, daß ein solcher Pakt "die Teilung der Welt in zwei Blöcke endgültig machen und den Weltfrieden schwer gefährden würde".

Zugleich aber erhoben sich auch die nun ebenfalls aus jahrelangen EVG-Debatten geläufigen Gegenstimmen. "Erst", so schimpfte die sozialistische Tageszeitung "Combat", "wollte man uns das Monstrum einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft aufzwingen, um die deutsche Wiederbewaffnung zu kaschieren. Dann hat uns die Montanunion unter die Oberherrschaft der Ruhr gebracht. Jetzt will man Deutschland unsere Uran-Vorkommen ausliefern."

Von der Tribüne des Hauses ermahnten ex-gaullistische und radikalsozialistische Abgeordne-

te das Parlament, Frankreichs nationale Atom-Industrie nicht unter die Botmäßigkeit der Deutschen zu bringen. Zwei ex-gaullistische Minister drohten mit ihrem Rücktritt, wenn man den auf zehn Jahre Forschungsarbeit zu veranschlagenden wissenschaftlichen Vorsprung Frankreichs vor Deutschland aufbebe.

Es nützte angesichts dieser Besorgnisse wenig, daß Frankreichs Hoher Kommissar für Atomenergie, Francis Perrin, in der Nationalversammlung erklärte, daß Frankreich ohne die finanzielle Hilfe anderer europäischer Länder, vor allem also Deutschlands, nicht in der Lage sein werde, wesentliche Fortschritte in der Produktion von Atom-Energie zu erzielen.

Frankreichs altes Dilemma - die Frage, wie man über Deutschland "Autorität ausüben" kann, ohne selbst auch unter deutsche Autorität zu geraten - wurde auch dem Euratom-Plan zum Verhängnis.

Mollet hatte von einigen sozialistischen Parteifreunden eine Resolution einbringen lassen, deren Annahme die Regierung bevollmächtigen sollte, die Brüsseler Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Italien und den Benelux -Ländern über den Euratom-Plan im bisherigen Sinne fortzusetzen. Diese Resolution war der Gegenstand der Debatte in der Nationalversammlung.

Es zeigte sich aber bald, daß für diese Resolution keine Mehrheit zu bekommen war. Nach der bis zur Parlamentsdebatte gültigen Direktive für die französischen Euratom-Verhandler in Brüssel sollte die künftige Euratom-Gemeinschaft unter anderem

- die gesamte Atom-Forschung der beteiligten sechs Montanunion-Länder beaufsichtigen und zentral finanzieren,

- die gesamte klein-europäische Atom-Produktion kontrollieren.

Nach diesem Plan sollten die Franzosen in die neue Gemeinschaft ihre kolonialen Uran-Vorkommen und ihren Vorsprung in der Atom-Forschung einbringen, die anderen Länder - darunter vor allem Deutschland - ihre finanziellen und wirtschaftlichen Mittel. Die Väter Euratoms, darunter auch der erste Präsident der Montanunion, Jean Monnet, hielten das für einen akzeptablen Kompromiß zwischen den Interessen Frankreichs und den Ansprüchen Deutschlands. Dieser Kompromiß lag auch der sozialistischen Resolution zugrunde.

Aber schon am ersten Tag der parlamentarischen Debatte begab sich die Regierung Mollet auf den Rückzug. Als Sprecher der Regierung erklärte Atom-Kommissar Perrin, man werde bei der Euratom von einer "exzessiven Zentralisierung" (wie bei der Montanunion) absehen. Ferner, so erklärte er, würde es "ungerecht" sein, wenn Frankreich, das einen Vorsprung in der Atomforschung habe und außerdem als einziges der beteiligten Länder über eine eigene Grundstoff-Basis für die Atom-Energie-Produktion verfüge, nicht auch einen Vorrang bei der Nutzung seiner Kenntnisse und Bodenreichtümer behalte.

Nach Ansicht seiner Regierung werde Frankreich bei den Brüsseler Verhandlungen mit Recht fordern können, daß es neben der europäischen Atomforschungs- und Atomproduktionsplanung ein eigenes nationales Programm betreiben darf.

Dagegen müsse - so war Perrins Ausführungen zu entnehmen - die deutsche Forschung und Produktion völlig "integriert" werden.

Im übrigen empfahl die Regierung Mollet einen "geschlossenen, gemeinsamen europäischen Markt" für Produkte der Atomenergie-Gewinnung. Ohne einen solchen "geschlossenen" Markt würde, so gab Perrin zu bedenken, die europäische Atom-Industrie von der wesentlich billiger produzierenden amerikanischen Konkurrenz niedergewalzt werden.

Perrin vergaß zu erwähnen, daß diese Regelung für Frankreich ganz ungewöhnliche Vorteile bieten würde: Der geschlossene Markt würde die französische Atom-Produktion vor der amerikanischen Konkurrenz sichern. Er würde - mit anderen Worten - zum Beispiel die westdeutsche Wirtschaft daran hindern, amerikanische Offerten etwa für den Bau von Atom -Meilern und Atom-Elektrizitätswerken zu akzeptieren, die billiger als französische sind.

Andererseits: Dadurch, daß Frankreich seinen Vorsprung in der Atom-Forschung und seinen Vorteil als Rohstoff-Produzent nicht in Euratom einbringen will, wäre es jeder anderen europäischen Atom-Produktion innerhalb des geschlossenen Marktes von vornherein so überlegen, daß es seinen Euratom-Partnern praktisch jeden Preis diktieren könnte.

Der neue Euratom-Plan Frankreichs erinnerte deutsche Beobachter in Paris intensiv an die Westeuropäische Union (WEU), die Pierre Mendes-France seinerzeit als Ersatz für die EVG erfand. Auch dort genießt Frankreich den Vorzug, daß es neben einer der WEU unterstellten Armee eine nationale Armee unterhalten darf. Und tatsächlich gleicht es einem bösen Omen für den Euratom-Plan, daß seit einiger Zeit Frankreichs WEU-Truppen von der galoppierenden Schwindsucht befallen zu sein scheinen, während die nationale Armee Frankreichs zu immer gewaltigerer Stärke anschwillt.

Ähnliches könnte auch im Rahmen der geplanten Euratom-Gemeinschaft geschehen - daß nämlich Frankreich alle seine finanziellen Energien in seine nationale Atom-Produktion steckt, während es seine Mitgliedschaft in der Euratom nur dazu benutzt, Deutschlands Versuche auf diesem Gebiet wachsam zu beobachten.

Verständlicherweise begruben in der letzten Woche Frankreichs Parlamentarier angesichts der neuen Fassung ihren anfänglichen Grimm gegen Euratom. Sie gaben dem neu formulierten Plan mit 342 gegen 183 - zum größten Teil kommunistische - Stimmen ihren Segen.<<

24.07.1956

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1956 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1956 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 28,4 Milliarden DM entfallen 34,2 % auf Sozialleistungen und 25,9 % auf Verteidigungskosten.<<

17.08.1956

BRD: Die KPD wird am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich eingestuft und verboten.

In der Begründung des KPD-Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. August 1956 heißt es (x243/174): >>... Die freiheitliche demokratische Grundordnung nimmt die bestehenden historisch gewordenen staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Denk- und Verhaltensweisen zunächst als gegeben hin. ... (Sie geht davon aus), daß sie verbesserungsfähig und -bedürftig (ist. Sie) lehnt die Auffassung ab, daß die geschichtliche Entwicklung durch ein wissenschaftlich anerkanntes Endziel (vorausbestimmt) sei.

Vielmehr gestalten die Menschen selbst ihre Entwicklung durch Gemeinschaftsentscheidungen, die immer nur in der größten Freiheit zu treffen sind. ...

Dem Bürger wird eine freie Sphäre durch die Anerkennung von Grundrechten und ein weitgehender Schutz durch unabhängige Gerichte gesichert. Dem Schutz des ganzen Systems dient ... die Verfassungsgerichtsbarkeit.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "KPD" in der SBZ (x009/229-230): >>Abkürzung für Kommunistische Partei Deutschlands, gegründet am 30.12.1918. Hauptforderung: Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland ... In der NS-Zeit verboten, illegale Weiterarbeit. ...

Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und der KP-Führung am 19./20.4.1946 in der SBZ (vollzog man die) Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED. Nach dem Scheitern der kommunistischen Vereinigungsbestrebungen in Westdeutschland am 14.2.1947 Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft" von SED und westdeutscher KPD mit Sitz in Ost-Berlin.

Im Januar 1949 kündigte die KPD die Arbeitsgemeinschaft (mit der SED) und vollzog die organisatorische Trennung von der SED. Sie wurde jedoch auch weiterhin von der Westkommission, später der gesamtdeutschen Abteilung beim ZK der SED und schließlich von der

Zentralen Kommission für gesamtdeutsche Arbeit angeleitet.

Die KPD nahm im Parlamentarischen Rat an der Beratung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik teil, ihre Vertreter verweigerten jedoch bei der Verabschiedung des Grundgesetzes ihre Unterschrift. Trotzdem beteiligte sich die KPD an den Wahlen und war im ersten Bundestag mit 13 Abgeordneten vertreten. Bei den Wahlen zum zweiten Bundestag erhielten sie nur 2,2 % aller abgegebenen Stimmen.

Am 17.8.1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich verboten, seitdem illegal. Der 1. Sekretär, Max Reimann, sowie alle anderen Mitglieder des Politbüros der KPD halten sich in der SBZ auf. Die Finanzierung erfolgt durch die SED.

Die in der SED-Presse erscheinenden Berichte über KPD-Veranstaltungen in der Bundesrepublik wollen den Eindruck erwecken, es existiere eine intakte Parteiorganisation. In Wirklichkeit finden alle größeren Zusammenkünfte und Parteitage in der SBZ statt.

Zur Zeit ihres Verbots hatte die KPD zwischen 60.000 und 70.000 Mitglieder, von denen allenfalls noch ein Zehntel im Untergrund tätig ist. (1947: 324.000 KPD-Mitglieder). Von der SED erhält die KPD jährlich 12 bis 13 Millionen DM West. ...<<

04.09.1956

BRD: Dr. Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) erklärt am 4. September 1956 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/56): >>... Die Selbstbestimmung ist als Prinzip des Völkerrechts weitgehend anerkannt. Auf dieses Prinzip darf sich jedoch nur berufen, wer bereit ist, es umfassend und allgemein gelten zu lassen und zu verwirklichen. Wer es nur einseitigen Machtinteressen dienstbar machen will, der verfälscht und mißbraucht heiliges Menschenrecht.

... Die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat und die Lostrennung von Gebieten, die jahrhundertlang dem deutschen Staatsverband angehörten, ohne Befragung der Bevölkerung, haben das Prinzip der Selbstbestimmung in einem noch nicht dagewesenen barbarischen Ausmaße verletzt. ...<<

23.10.1956

Ungarn: Die Studentenunruhen in Budapest (bei denen man z.B. demokratische Grundrechte und die Kündigung des Warschauer Paktes fordert) entwickeln sich am 23. Oktober 1956 zu einem spontanen, führerlosen Aufstand der Bevölkerung.

Der ungarische Volksaufstand wird daraufhin innerhalb von zwei Wochen durch sowjetische Truppen rücksichtslos niedergeschlagen. Im gesamten Land finden anschließend massenhafte Deportationen und Hinrichtungen statt. Etwa 200.000 Ungarn fliehen nach dem gescheiterten Volksaufstand bis Ende November 1956 ins Ausland.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Volksaufstand in Ungarn (x009/436): >>... Politische Höhepunkte der auf Liberalisierung und Revision der bolschewistischen Dogmen und der bolschewistischen Herrschaftsausübung gerichteten Gegenbewegung waren die im Oktober 1956 in Ungarn gipfelnden Partei- und Volkserhebungen gegen die Stalinisten in den eigenen Führungen und den Hegemonieanspruch der UdSSR.

Während in Polen ein Kompromiß zustande kam, wurde die zum Bürgerkrieg entwickelte ungarische Erhebung blutig niedergeschlagen.

Von da an wurde die Liberalisierungswelle des Tauwetters, die zunächst auch in den politischen, wissenschaftlichen und literarischen Führungskreisen der UdSSR eine gewisse Resonanz hatte, von der gesamten bolschewistischen Führerschaft entschlossen bekämpft, da diese - sicher zu Recht - für den Fall weiterer Nachgiebigkeit um die Existenz ihrer Regime bangen mußte. Lediglich in Polen und z.T. in Ungarn hat sich eine gewisse bis heute fortdauernde Liberalisierung behauptet.

In der SBZ war das Tauwetter im wesentlichen auf den Bereich der theoretischen Auseinandersetzungen beschränkt. ... Nach dem ungarischen Zusammenbruch hat sich auch in der SBZ

die radikale Gruppe Ulbrichts wieder mit sowjetischer Hilfe voll durchsetzen können. Eine Kampagne zur scharfen Reglementierung von Wissenschaft, Kunst und Hochschulwesen lief an.<<

04.11.1956

Ungarn: Der ungarische Sender "Petöfi" ruft am 4. November 1956 das Ausland um Hilfe (x128/73): >>Völker der Welt! Hört uns - helft uns!

Nicht mit Erklärungen, sondern mit Taten, mit Soldaten, mit Waffen!

Vergeßt nicht, daß es für die Sowjets bei ihrem brutalen Ansturm kein Halten gibt. Wenn wir untergegangen sind, werdet ihr das nächste Opfer sein. Rettet unsere Seelen! ...

Völker der Welt!

Im Namen der Gerechtigkeit, der Freiheit und des verpflichtenden Prinzips der tatkräftigen Solidarität, helft uns!

Das Schiff sinkt, das Licht schwindet, die Schatten werden von Stunde zu Stunde dunkler über der Erde Ungarns.

Hört den Schrei, Völker der Welt, und handelt. Reicht uns Eure brüderliche Hand.

SOS! SOS! Gott sei mit Euch!<<

05.11.1956

UdSSR: Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin (1895-1975) warnt am 5. November 1956 den britischen Premierminister Eden (x299/175): >>... Würden Raketenwaffen gegen England oder Frankreich eingesetzt, so würden Sie das sicherlich als ein barbarisches Vorgehen bezeichnen! ...

Wir sind fest entschlossen, durch Einsatz von Gewalt die Aggressoren zurückzuschlagen und den Frieden im Nahen Osten (Suez-Krise) wiederherzustellen.<<

11.12.1956

DDR: Der Minister für Volksbildung erläßt am 11. Dezember 1956 eine Anordnung über die Errichtung von Jugendwerkhöfen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Jugendwerkhöfe" in der SBZ (x009/203): >>Angeblich neue Form von Zwangserziehungsheimen, geht auf den Gedanken und Versuche des sowjetischen Pädagogen Makarenko zurück.

In der Anordnung über die Durchführung der Aufgaben in den Jugendwerkhöfen, die der Minister für Volksbildung am 11.12.1956 erlassen hat, werden Jugendwerkhöfe als "Erziehungseinrichtungen" bezeichnet, "in denen erziehungsschwierige Jugendliche entsprechend dem Erziehungsziel der deutschen demokratischen Schule zu vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft und zu bewußten Bürgern der DDR erzogen" und mit Hilfe der Patenschaftsbetriebe ... zu qualifizierten Arbeitern entwickelt werden.

Für sog. politische Delikte kommen Einweisungen in Jugendwerkhöfe nicht in Frage. Vorzeitige Entlassung aus Jugendwerkhöfen erfolgt nur bei Meldung zur Nationalen Volksarmee.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Heimerziehung" in der SBZ (x009/177): >>Die Heimerziehung hat die Aufgabe, Kinder und Jugendliche, deren Erziehung nicht durch das Elternhaus gesichert ist, mit Hilfe der Schule zu betreuen. ...

Kinder und Jugendliche, die auf Grund häuslicher Verhältnisse erziehungsschwierig oder straffällig wurden, werden überwiegend in Spezialheime eingewiesen. Neben Spezialkinderheimen für Ober- und Hilfsschüler gibt es Jugendwerkhöfe. ...

Die Einweisung in Jugendwerkhöfe erfolgt auf Grund von Entscheidungen der Jugendgerichte oder werden vom Rat des Kreises angeordnet. ...<<

17.12.1956

Frankreich: André Stil (1921-2004, 1950-1959 Chefredakteur der "Humanité", seit 1977 Mitglied der Académie Goncourt) berichtet am 17. Dezember 1956 über den Volksaufstand in Ungarn (x075/193): >>... Aber wer kämpft denn?

Zunächst einmal die Faschisten, die Konterrevolutionäre, die darauf vorbereitet sind, dafür ausgerüstet und organisiert sind. Dann jenes besondere Lumpenproletariat – nach wie vor die Wunde der Hauptstädte der Volksdemokratien und zum Teil zusammen mit den erstgenannten der Abschaum der abgesetzten Klassen -, die Schieber und die Müßiggänger. ... Hinzu kommen Tausende von Strafgefangenen, deren Freilassung ohne Unterschied eine der ersten Taten der Konterrevolution war. ...

Natürlich kämpften alle diese feinen Herrschaften, um wie der "Franc-Tireur" zu sprechen, für die Freiheit, für ihre Freiheit!

Eine bewaffnete Gruppe vom Boulevard Ferenc im IX. Bezirk wurde von einer ehemaligen Prostituierten angeführt, die nicht nüchtern wurde, solange der Aufstand dauerte, und die ganz junge Leute in den Kampf hineinzog, man kann sich gut vorstellen, in welchem moralischen Klima. ...

Die Sowjetarmee hat sich nicht als Feind verhalten, sondern sie hat wie immer das Volk unterstützt und verteidigt.<<

1956

DDR: Im Jahre 1956 fliehen 279.189 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

BRD: Im Verlauf einer Bundestagsdebatte fordert die deutsche Bundesregierung im Jahre 1956 das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht für die deutschen Vertriebenen (x024/281-282): >>... Die Bundesregierung ist auch bemüht, des Prinzips des "Rechts auf die Heimat" mit allen geeigneten Mitteln zu internationaler Anerkennung zu verhelfen.

Das Recht auf die Heimat, das untrennbar mit dem in verschiedenen völkerrechtlichen Akten begründeten Selbstbestimmungsrecht verbunden ist, gehört zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten, die als wesentlicher Ausdruck wahrer Demokratie in der gesamten freien Welt "die Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit" bilden.<<

Ein zeitkritischer Psychiater berichtet im Jahre 1956 über die "arme deutsche Jugend" (x182/-183): >>Diese Jugend ist arm, sie hungert nach Liebe und findet Sexualität, sie ist erotisch verhungert. Die Burschen können nicht einmal mehr flirten. Sie meinen, daß die Begegnung mit einem Mädchen gleich ins Bett führen muß. Und die Mädchen glauben, daß heute kein junger Mann länger als drei Abende "Werbungskosten" zahlen will. ...<<

Israel: Israel besetzt im Jahre 1956 die Halbinsel Sinai und marschiert an den Suezkanal (Suezkrise 1956/1957).